

«Ja zum Schutz der Familie»

Jahresausblick von Andreas Hürlimann, Co-Präsident der Alternativen Die Grünen Zug

Die wichtigste Volksabstimmung des neuen Jahres findet am 13. Februar statt. Es geht um den Schutz vor Waffengewalt. Der Kanton Zug könnte eine Schlüsselrolle spielen für die Erreichung des Ständemehrs.

Immerhin wurden in keinem anderen Kanton im Verhältnis zur Bevölkerung so viele Unterschriften gesammelt wie in unserem Kanton Zug. Für eines der Kernanliegen, die Schaffung eines eidgenössischen Waffenregisters, hat sich auch der Zuger Regierungsrat eingesetzt. Unter dem Druck der Initiative hat der Bundesrat einen ersten Schritt gemacht. Damit aber nicht bloss ein kleiner Bruchteil, sondern der Grossteil der Waffen registriert wird, braucht es ein Ja zur Volksinitiative. Denn häusliche Gewalt ist verbreitet. Besonders häufig sind Drohungen mit Gewehren und Pistolen. Opfer davon sind meistens Frauen und Kinder. Die Volksinitiative senkt die Zahl der Schusswaffen, weil es für deren Besitz zukünftig einen Bedarfs- und Fähigkeitsausweis braucht. Jedoch: Wer eine Waffe braucht, darf



Bild: ZW-Archiv

Andreas Hürlimann, Co-Präsident Alternative – die Grünen Zug, Steinhausen

sie behalten. Wer etwas anderes behauptet, verdreht die Wahrheit. Denn die Initiative richtet sich nicht gegen Sportschützen, Jäger und Sammler, die verantwortungs-

voll mit ihren Schusswaffen umgehen. Auch das Feldschiessen und das «Obligatorische» können problemlos weiterhin stattfinden. Tatsächlich gebrauchte Waffen wer-

den zentral registriert, während überflüssige Waffen, die ein Risiko darstellen, aus dem Verkehr gezogen werden. So wird die Sicherheit erhöht, Suizide können verhindert und die Prävention und die Aufklärung von Verbrechen deutlich verbessert werden.

Steuern 2011

Auch im 2011 werden wir in Zug wieder über Steuersenkungen diskutieren. Obwohl Zug nach wie vor der steuergünstigste Ort in der Schweiz ist und damit auch weltweit ganz vorn liegt. Bedenkt man dann noch die schädlichen Nebenwirkungen der Zuger Steuerpolitik (hohe Wohn- und Lebenskosten, ...), dann ist klar, dass aus diesem Grund weitere Steuersenkungen, die das starke Zuger Wachstum weiter anheizen, für die grüne Politik keine Priorität haben. Und so halten die Alternativen – die Grünen die Fortschreibung der Zuger Steuersenkungspolitik für falsch. Fast schon im Jahresrhythmus präsentiert die Zuger Regierung Steuersenkungspakete. Entgegen den Beteuerungen aus der Finanzdirektion ist und bleibt Zug aber eine treibende Kraft im natio-

nen Steuerwettbewerb. Und das hat einen Grund: Die Finanzdirektion betreibt Einzelbetrachtungen – sobald sie in einem anderen Kanton einen Steuerbereich entdeckt, der tiefer als in Zug besteuert wird, schlägt sie dort eine Steuersenkung vor. Eine Gesamtbetrachtung muss auch im Bereich der Steuer- und Wirtschaftspolitik möglich sein. Das wäre ein guter Vorsatz für die Zuger Politik im 2011.

Politik 2011

Wir Alternativen – die Grünen werden uns auch im 2011 für eine Politik einsetzen, die für eine vielfältige Gesellschaft steht, eine Politik in Zug und in der ganzen Schweiz, die keine Einzelbetrachtungen macht, sondern das Wohl aller ins Zentrum stellt.



www.alternative-zug.ch



Nachhaltiger Einsatz für Mensch und Natur. Für Zugerinnen und Zuger, die hier wohnen wollen und sich engagieren.

DU HAST GUTE GRÜNDE.

«Ein 2011 jenseits von Neid und Gier»

Jahresausblick der SP Präsidentin Barbara Gysel

Die Wirtschaftskrise ist vorbei – die Gesellschaftskrise fängt jedoch erst an. Denn die Sparrunden kommen jetzt.

Bei den Sozialversicherungen werden Reformen mit Leistungskürzungen eingeläutet. Dagegen steigen Gebühren und Preise: im öffentlichen Verkehr genauso wie für Wohnungen und Land. Gutbetuchte dürfen sich auf noch geringere Steuern freuen, während die Sozialhilfe in Zukunft besteuert werden soll. Die Mehrheit hat also gute Gründe für Sorgen auch im neuen Jahr.

Sorgenbarometer

Gemäss Sorgenbarometer beschäftigt die Arbeitslosigkeit die Menschen am stärksten. Das scheint nur auf den ersten Blick paradox. Zwar sind, gerade in Zug, nur wenige betroffen: die Arbeitslosenquote lag Ende November 2010 bei 2.3%. Aber angesichts der letzten Krise wissen die Menschen, wie anfällig die Wirtschaft ist. Und wie unberechenbar. «Flexibilität» heisst das Zauberwort. Und tatsächlich wird vieles dehnbar. Zum Beispiel die soziale Sicherheit. Die Sozialleistungsquote sinkt seit 2004.



Bild: ZW-Archiv

Barbara Gysel, Zug, ist Präsidentin der SP Kanton Zug, Kantonsrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz.

Weitere Reformen mit Kürzungen drohen. Kein Wunder also, rangiert die Altersvorsorge weit oben auf dem Sorgenbarometer. Aussicht auf steigenden Wohlstand? Das gilt längst nicht für alle. Vor allem der

Reichtum der Reichsten nimmt zu. Und wie er verteidigt wird! Da ist die Rede vom Neiddiskurs. Wie billig, wenn doch klar und eindeutig gemessen werden kann, dass die Ungleichheit wächst. Ebenso zielt

das Reden von den «gierigen» Abzockern durch die Nicht-Reichen an der Sache vorbei. Der Wurm ist im System: Wir müssen das Problem an der Wurzel packen. Etwa mittels der 1:12-Initiative. Sie fordert eine begrenzte Lohnspanne, niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat. Das ist mehr als «Pflasterlipolitik». Denn wenn Leistung wirklich zählte, warum gibt es dann «Working Poores»? Oder Mittelstandsfamilien, die aus dem Zuger «Paradies» ausziehen müssen? Ihnen nützen tiefe Steuern nichts – im Gegenteil. Dass die Zuger Regierung die Wohnungsnot endlich akzeptiert hat, ist erfreulich. Aber wir bekommen das Problem nur in den Griff, wenn wir die Steuerschraube im 2011 nicht weiter ins Bodenlose drehen.

Wahlen

Schliesslich beschäftigen uns 2011 auch die Wahlen. Die «Ausländer» werden zweifellos wieder ein erstklassiges Wahlsujet hergeben. Auch hier wird die reale Leistung, wird der effektive Mehrwert, den «die Ausländer» volkswirtschaftlich schaffen, kaum anerkannt.

Jenseits von falschen Vorurteilen bedeutet Migrationspolitik: Probleme pragmatisch angehen, die Betroffenen ernst nehmen. Diese Chance könnte 2011 das neue Integrationsgesetz bieten, das auf eine SP-Motion zurückgeht. Sorgen wir nun dafür, dass die wichtigen Punkte nicht unter den Teppich gekehrt werden: Das gilt auch für die Sprachverpflichtung für jene, die sich längerfristig niederlassen wollen. Nur so wird eine echte Emanzipation möglich. Das gehört zur Demokratie. Genauso wie Toleranz und die entschiedene Abwehr von Rassismus und Fanatismus. Eine soziale Politik fern von Neid, falschen Vorurteilen und billiger Schaumschlägerei – dafür setzt sich die SP auch 2011 ein. Weitere Infos unter www.sp-zug.ch

